

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Zugpreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingeladene 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präselektierten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 9

Donnerstag, 13. Januar

1921

Veratungen über die Uebertragung der Wasserstraßen auf das Reich.

N. Am 11. Januar sind im Finanzministerium zu Dresden Vertreter der Reichsregierung sowie der beteiligten 15 Länder zur Fortsetzung der Beratungen über die Uebertragung der Wasserstraßen auf das Reich zusammengetreten. Zur Begründung der Herren war der Staatsminister Feldt erschienen. In längeren Ausführungen verwies er auf die politische wie wirtschaftlich gleichbedeutenden Aufgaben, deren Lösung der Versammlung obliegt. Er betonte die Bereitwilligkeit der sächsischen Regierung, an der Durchführung des großen Werkes tatkräftig mitzuwirken, gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich die so überaus wichtigen wasserwirtschaftlichen Interessen Sachsens nach Übergang der Elbe, eines Kleinod im Besitz Sachsens, erfolgreich wahrnehmen und namentlich auch die baldige Erbauung des Leipzig-Ester-Saale-Kanals in Verbindung mit dem Mittelland-Kanal durchführen werde.

Beschlüsse des Eisenbahner- verbandes.

Berlin, 11. Januar. In der seit Sonntag tagenden Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurden Entschlüsse angenommen, die besagen:

Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerung auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Feuerzuzuschlages für die unteren Beamten und Arbeiter so erheblich selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, daß eine Verabreichung des Reichseisenbahnerpersonals ausgedehnt ist. Was außerdem den besonderen Unwillen der an der Bewegung Beteiligten erregt, ist die unsoziale Abstufung der Zulagen.

Der erweiterte Vorstand beschließt, die bisher im Sechzehnerausschuß zusammengeschlossenen Verbände zu verlassen, die Einzelfront aufrechtzuerhalten, um durch gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen.

Der erweiterte Vorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die Verhandlungen weiterzuführen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzuführen.

Die verantwortlichen Verbandsoffiziere, Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten sind verpflichtet, sich angeklagten Teilnehmern mit aller Kraft zu widersetzen. Entsteht trotzdem irgendein Teilstreik, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung dafür abzulehnen.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt Verwahrung ein gegen die unwahre Berichterstattung über die Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit der Regierung, wie sie in der „Koten Fahne“ besetzt wird. Der erweiterte Vorstand hält die Presseberichterstattung „Koten Fahne“ um so bedenklicher, als sie geeignet ist, die Einzelfront der Eisenbahner zu zerbrechen. Er ersucht die Eisenbahner, sich durch dieses Treiben nicht betreten zu lassen und sich um so fester um ihre gewerkschaftliche Organisation zu scheren.

Am 12. d. M. vormittags werden Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Berlin, 12. Januar. Außer dem Deutschen Eisenbahnerverbande haben gestern auch die anderen Eisenbahnerorganisationen zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Sechzehnerausschuß Stellung genommen. Es sind zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden, jedoch lassen die Beratungen bereits erkennen, daß die Zugeständnisse des Reichsfinanzministeriums als unzureichend angesehen werden dürften. Es wird den übrigen großen Eisenbahnerorganisationen eine Ergänzungssitzung vorgeschlagen, die vom Sechzehnerausschuß der Reichs-

Frankreich an Amerika.

Der Versailler Vertrag als Grundlage.

Genf, 11. Januar. Am Jahrestag der Inkraftsetzung des Friedensvertrages, 10. Januar, legt der „Temps“ den Vereinigten Staaten von Amerika dringend nahe, für ihren Friedensschluß mit Deutschland ebenfalls den Versailler Friedensvertrag zur Grundlage zu nehmen, andernfalls würde die Isolierung Amerikas gegenüber den Verbündeten noch schärfer in Erscheinung treten, und in Deutschland würden sich die Anhänger der militärischen Revanche und der monarchistischen Restauration ermutigt fühlen. Diejenigen Nationen, die dadurch bedroht würden, müßten sich natürlich noch enger zusammenschließen, und dadurch würde Deutschland so zu leiden haben, daß es sich schnell genötigt sehe, England zu beruhigen. Dann ergreift sich das halbamtliche Blatt in Versicherungen an die Adresse Amerikas über die maßvollen und friedfertigen Absichten Frankreichs, dessen höchster Wunsch erfüllt sei, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika die Führung ergreifen würden, um die Einigkeit und das Wohl aller Völker des europäischen Kontinents zu sichern und den großen Gedanken des Völkerbundes vollkommener zu verwirklichen. Den Linksparteien des

regiment gegenüber durchgeführt werden soll und dadurch der Rat der Beamten und Arbeiter ausreichend abgeschwächt werden soll.

Note über den polnischen Terror in Oberschlesien.

Berlin, 11. Januar. In einer heute der Vorkonferenz in Paris übermittelten Note, die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist, legt die deutsche Regierung in Ergänzung der in ihrer Note vom 4. d. M. gemachten Mitteilungen eingehend die von Tag zu Tag unerträglicher werdenden Zustände in Oberschlesien dar, wie sie sich dort bei den blutigen polnischen Raubüberfällen fortentwickelten. Unerhörte Gewalt- und Grausamkeiten folgten in ununterbrochener Reihe. Die Polen übten in allen nur denkbaren Formen politischen Terror. Im Bereiche der Polizeidirektion Katowice sei seit dem Eintreffen der internationalen Kommission die Anzahl der Morde um rund 243 Proz., die der Raubüberfälle um 80 Proz., gestiegen. Die trostlose Lage in Oberschlesien habe ihre Ursache in der Unzulänglichkeit der Maßnahmen der internationalen Kommission, die es trotz der ihr zur Verfügung stehenden Truppenunterstützung, insbesondere energisch gegen die Verbrecher und Banditen vorzugehen, von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unparteiisch Gebrauch zu machen und die an Stelle der aufgelösten deutschen Polizei neue mit ungesicherten Elementen stark durchsetzte Polizeikräfte besetzt habe, die in keiner Weise für ihre Aufgabe tauglich. Die deutsche Regierung erwartet von den verbündeten Regierungen, daß diese kein Mittel unversucht lassen, um der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, sodaß eine freie, geheime und unbefugte Abstimmung möglich sei. Die der deutschen Note beigelegten Anlagen geben ein trostloses Bild von den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen in Oberschlesien. In der Note wird eine Auswahl der besonders markanten Gewalttaten der letzten vier Monate gegeben. In dem Schlußstück der Anlagen werden 22 Fälle angeführt, in denen es Schwerkverbrechen gelungen sei, nach vollzogener Tat die polnische Grenze zu überschreiten und ungefährdet polnisches Gebiet zu erreichen.

Tätlichkeiten in der französischen Kammer.

Paris, 11. Januar. Wie „Journal des Débats“ meldet, kam es heute nachmittags in den Wandlungen der Kammer zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Alexander Blanc und dem royalistischen Abgeordneten Leon Daubet. Nach einem heftigen Wortwechsel schriege Blanc Daubet, der seinerseits tätlich wurde.

Deutschen Reichstags gibt das Blatt abermals einen leisen Wink, durch eigenes Vorgehen in der Frage der Einwohnerversicherung die Lösung des Entwaffnungsproblems zu erleichtern und damit das republikanische Regime in Deutschland und den Frieden in Europa zu sichern.

Die Ausgaben für die öster- reichischen Staatsbeamten.

Wien, 11. Januar. Der Hauptausschuß hat beschlossen, dem Antrag der Regierung auf Erfüllung der Forderungen der Staatsangestellten und Staatsbahnangestellten zuzustimmen. Das Mehrerfordernis für die Erfüllung dieser Forderungen sowie für die entsprechenden Maßnahmen der Länder und Hauptstädte beträgt schätzungsweise 4040 Mill. Kronen. Zur Deckung dieser Ausgaben sollen die Salz- und Tabakpreise, die Alkoholsteuern und die Eisenbahntarife erhöht werden.

Raoul Peret Präsident der französischen Kammer.

Paris, 11. Januar. Die französische Kammer hat Raoul Peret mit 344 Stimmen wiederum zum Präsidenten gewählt.

Der neue englische Kolonialminister.

London, 11. Januar. An Stelle des zurückgetretenen Lord Milner wurde Lord Montagu zum englischen Kolonialminister ernannt.

Wiedereröffnung der Sitzungen des französischen Senats.

Paris, 11. Januar. Wie die Deputiertenkammer, hat auch der Senat heute nachmittags unter dem Vorsitze des Alterspräsidenten, des Senators Denis, seine Session wieder eröffnet. In seiner Rede erklärte Denis u. a.: Deutschland müsse die Verpflichtungen des Vertrages von Versailles erfüllen und namentlich die geschuldete Summe bezahlen. Wenn das nicht gelänge, so sei Frankreich gezwungen, eine energische Politik zu betreiben.

Die Sozialisten in der französischen Kammer.

Paris, 12. Januar. Der alten sozialistischen Fraktion sind 32 Deputierte beigetreten, sechs Deputierte haben sich ihre Erklärung vorbehalten, bis sie mit ihren Wählern Fühlung genommen haben. Der neuen kommunistischen Gruppe sind zwölf Abgeordnete beigetreten.

Der Kampf der Türken und Griechen in Kleinasien.

Rom, 11. Januar. Der Agensia Stefano wird aus Konstantinopel unter dem 10. d. M. gemeldet: In Smyrna treffen andauernd Bewunderte aus den Abschnitten Bursa und Uschal ein. Der Widerstand der Türken in diesen Abschnitten wird stärker. Die Griechen machten nur einige Fortschritte in Richtung Inoghi. Auch im Abschnitt des Mäander rücken die Griechen vor, angeblich ohne auf türkischen Widerstand zu stoßen. Nach den letzten Nachrichten scheint es, daß die Griechen Denizli besetzt haben. Bedeutende griechische Verstärkungen sind dorthin abgegangen.

Claudel Botschafter in Tokio.

Paris, 12. Januar. Wie das „Echo de Paris“ meldet, ist der französische Gesandte in Kopenhagen, Claudel, zum Botschafter in Tokio in Aussicht genommen worden.

Todesurteil gegen einen Sinnfeiner.

London, 12. Januar. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ wurde der Sinnfeiner Murphy zum Tode verurteilt, weil er am 18. Oktober an einem Angriff teilgenommen hat, in dessen Verlaufe ein Soldat getötet und mehrere verwundet wurden.

Wünsche Sachsens an das Reich im neuen Jahre.

Die Halbmonatsschrift „Der getreue Edart“ hat sich an die Minister- und Staatspräsidenten der Länder des Reiches mit der Bitte gewendet, die Wünsche der Länder an das Reich zu klären. Für den Freistaat Sachsen nimmt der Hr. Ministerpräsident Duck hierzu folgendermaßen das Wort:

Was uns am meisten am Herzen liegt, ist die Regelung des Lastenausgleichs für die Kosten der Erwerbslosenfürsorge. Sachsen hat nur 7,7 Proz. der Einwohner Deutschlands, aber rund 29 Proz. aller Erwerbslosen des Reiches! Im sächsischen Etat sind für Erwerbslosenunterstützung für das laufende Jahr nicht weniger denn 155 Mill. M. vorgesehen, eine Summe, die unser Land schwer belastet. Wir haben deshalb wiederholt vom Reiche verlangt, daß es diese Lasten gleichmäßig auf die Länder, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, verteilt. Denn während uns die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge nahezu erdrücken, hat Mecklenburg fast gar keine zu tragen, weit dort, was ja an sich nur erfreulich ist, keine Arbeitslosigkeit herrscht. Sachsen leidet also doppelt, einmal unter dem Darniederliegen seiner Industrie und außerdem durch die Kosten für seine rund 100 000 Erwerbslosen. Wir würden uns freuen, wenn das Reich im neuen Jahre den so schärfsten erwünschten Ausgleich endlich finden würde.

Sachsen wünscht ferner, daß der jetzige Bestand des Reiches gewahrt bleibe, daß deutsch bleibe, was bisher deutsch war, und daß alle Bewohner in einem einheitlichen Deutschland leben und hoffentlich wieder glücklich werden können. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß Sachsens Regierung die Reichsverfassung als oberstes Recht in Deutschland ansieht und auf dem Standpunkte steht, daß sie zwingendes Recht ist, daß insbesondere Reichsrecht das Landesrecht bricht.

Wichtige Arbeiten auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung werden in den nächsten Monaten diejenigen sein, die den Ausbau des Arbeiterrechtes, der Arbeiterversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Sozial-Gesetzgebung überhaupt betreffen. Sachsen hat zu diesem Zweck bei der Gesandtschaft in Berlin eine eigene Vertretungstelle errichtet, durch welche darnach gestrebt wird, daß die Wünsche der sächsischen Arbeiterschaft an die Reichsgesetzgebung bei diesen Reformen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Wir hoffen, daß das Reich diese Wünsche Sachsens angesichts des Umstandes, daß wir zu 82 Proz. ein Industrieland sind, wohlwollend erfüllt.

Sachsens Regierung hat durch mich die Bereitwilligkeit ausgedrückt, an allen Arbeiten des Reiches mitzuwirken. Wir werden Einspruch erheben und Änderungen fordern, wenn es notwendig erscheint, wie werden zustimmend mitwirken, wenn ein guter und nützlicher Erfolg zu erwarten ist. Die großen, der Erledigung harrenden wirtschaftlichen Aufgaben, die Bergeschäftigung der Bodenschätze und die Ruhrbarmachung unserer Wasserkräfte zur Wasserversorgung und Energieerzeugung sowie die Regulierung der Wasserläufe werden von uns in sozialistischem Sinne gefördert werden. Daß wir auf dem Gebiete der Ernährungspolitik einen langen Wunschzettel haben, versteht sich bei der Struktur unseres Landes von selber. Zwar haben die bisherigen Bemühungen Sachsens bei dem Reichsernährungsministerium, Sachsen besser mit Lebensmitteln zu versorgen, angesichts unserer Notlage wohl Beachtung gefunden. Ein Gleichgewicht zwischen Bedarf und Angebot ist aber bei weitem noch nicht erreicht, und wir können noch nicht sagen, daß die größten Schwierigkeiten für die sächsische Regierung überwunden wären. Soweit das Reich auf diesem Gebiete vorgeht, wird es unsere lebhafteste Unterstützung finden. Die Verhältnisse unseres vornehmlich industriellen Sachsens sind derartig, daß es selbst dann noch erhebliche Hilfe des Reiches braucht, wenn alle sächsischen Landwirte das vorgezeichnete Soll voll abliefern. Unsere gesamte Bevölkerung hofft, daß das Reich hier im kommenden Jahre erheblich durchgreifender helfen möge als bisher. Wir sind seit langer Zeit bemüht, vom Reiche Staatsaufträge und Aufträge speziell auf dem Gebiete der Arbeiten des Wiederaufbaus für die